

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913**

15.2.1913 (No. 45)



# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 45

Samstag, den 15. Februar 1913

156. Jahrgang

Expedition:  
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-  
anschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen  
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P,  
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.  
Einrückungsgebühr: die 6mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte  
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei  
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung  
übernommen.

### Staatsanzeiger.

Der von dem Grafen Philipp von Ingelheim, Echter von und zu Mespelbrunn, auf die katholische Pfarrei Gamburg, Dekanats Tauberbischofsheim, präsentierte bisherige Pfarverweser Joseph Korbmeyer in Gamburg ist am 26. Januar 1913 kirchlich eingesetzt worden.

#### Namensänderungen:

Die Namen der nachstehenden Personen sind wie folgt geändert:

Hedwig Luise Maunser, geboren am 10. November 1906 zu Baden-Baden, wohnhaft in Pforzheim, in Hedwig Luise Kuhnle.

Sara Weinheimer, geboren am 3. April 1877 zu Karlsruhe, Modistin in Karlsruhe, in Sophie Weinheimer.

Ludwig Wilhelm Hans Schulz, geboren am 1. August 1901 zu Mannheim, wohnhaft in Mannheim, in Ludwig Wilhelm Hans Stober.

Karlsruhe, den 10. Februar 1913.

#### Ministerium

des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.

Der Ministerialdirektor:

G ü b e r.

D ü r r.

#### Die Apotheke in Bühlertal betr.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Bühlertal, die infolge Verzichts in Erledigung gekommen ist, wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben.

Die vorhandenen Vorräte und Einrichtungen müssen von dem neuen Inhaber der Berechtigung gegen eine nötigenfalls von dem unterzeichneten Ministerium endgültig festzusetzende Vergütung übernommen werden. Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen 14 Tagen bei dem Ministerium des Innern einzureichen.

Karlsruhe, den 13. Februar 1913.

#### Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

W e i n g ä r t n e r. Dr. Straub.

### Nicht-Amtlicher Teil.

\* Karlsruhe, 14. Februar.

#### Zur Verlobung des Prinzen Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg mit der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen.

Über den herzlichen Empfang, der der Kaiserin, den hohen Verlobten, sowie dem Prinzen und der Prinzessin Max am Donnerstag früh in Berlin zuteil wurde, wird noch im Einzelnen gemeldet:

Zum Empfang waren erschienen: Der Kaiser, die Kabinettchefs, das kaiserliche Hauptquartier, der Gouverneur und der Kommandant von Berlin, der Präsident des Staatsministeriums und seine Mitglieder, der Oberbürgermeister von Berlin, sowie der Polizeipräsident. Auf dem Bahnhof war eine Ehrenkompanie des 2. Garde-Regiments mit Fahne und Musik aufgestellt mit den direkten Vorgesetzten bis zum kommandierenden General des Gardekorps. Oberbürgermeister Wermuth hielt unter Überreichung eines Dreißigsträußchen folgende Ansprache an das hohe Brautpaar: „Die Landes- und Reichshauptstadt, in die Ew. Königl. Hoheiten strahlend von Liebe und Glück Einzug halten, öffnet weit Tore und Herzen in inniger Mitfreude. Sie bringt in Ehrerbietung ihren Willkommen dar dem erlauchten Brautpaar, das mit dem eigenen Glück uns zugleich ein herrliches Pfand für Deutschlands Einheit und Größe besichert.“

Vor dem Bahnhof war eine Eskadron des Husarenregiments „Zieten“ (Brandenburgisches Nr. 3) aufgeritten. Die Herrschaften fuhren in vierpännigen offenen Wagen durch das Brandenburger Tor nach dem Schloß. Eine halbe Eskadron ritt vor den Wagen und eine halbe hinter den Wagen als Eskorte.

Trotz des trüben regnerischen Wetters hatte eine vieltausendköpfige Menschenmenge die Straßen besetzt, die die Herrschaften auf ihrem Einzuge passierten. Alle öffentlichen und zahlreiche private Gebäude hatten geflaggt. Brausende Surrarufe und Lächerlichkeiten geleiteten den Zug, der sich vom Potsdamer Bahnhof durch die Königsbergerstraße, die Siegesallee, das Brandenburger Tor und die Linden in flotten Trab nach dem königlichen Schloße bewegte. Im Fond des Wagens saß die Kaiserin und Prinzessin Viktoria Luise, während rücklings der Kaiser mit Prinz Ernst August Platz genommen hatte. Prinz und Prinzessin Max von Baden folgten in einem besonderen Wagen. Die Herrschaften erwiderten freundlichst die Grüße des Publikums.

Im Lustgarten hatten die 2., 3., 4. und 5. Schwadron des Zietenhusarenregiments mit der Front nach dem Schloß Aufstellung genommen. Auch der Verein ehemaliger Zietenhusaren mit Fahne hatte sich eingefunden. Vor Portal 4 des Schloßes standen die Prinzen Gisel Friedrich, August Wilhelm und Oskar. Nach 9 Uhr verließen brausende Surrarufe das Nahen des Zugs. Die Kapelle der Husaren intonierte den Torgauer Marsch. Der Zug nahte sich im Trab und bewegte sich dann im Schritt an der Front der Husaren entlang. Neben dem Wagen der Majestäten ritten der Oberstallmeister Freiherr von Reischach und General von Lohow. Nach dem Abfahren der Front entzogen die Herrschaften vor Portal 4 dem Wagen. Die dort befindlichen Prinzen überreichten der Kaiserin und der Prinzessin Viktoria Luise Blumensträuße. Inzwischen war das Offizierskorps der Zietenhusaren abgesehen und meldete sich in corpore beim Kaiser, um sodann dem Brautpaar und der Braut seine Glückwünsche darzubringen. Prinz Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg hat die Ordre empfangen, daß er beim Zietenhusarenregiment eingestellt ist. Der Prinz reichte jedem der Offiziere die Hand. Hierauf nahm der Kaiser mit dem Brautpaar vor Portal 4 Aufstellung. Die Kaiserin, Prinz u. Prinzessin Max von Baden traten seitlich neben den Kaiser, ebenso die Prinzen. Es erfolgte ein Vorbeimarsch des Zietenhusarenregiments in Zügen. Hierauf gingen die Herrschaften ins Schloß und wurden im Pfeilersaal von den obersten Ober- und Vizeoberhofchargen empfangen, deren Glückwünsche das Brautpaar entgegennahm. Prinz Ernst August hat Wohnung genommen in der ersten Nonnengangwohnung, Prinz und Prinzessin Max von Baden in den Petits Appartements 1 und 2.

\*

\* Berlin, 13. Febr. In hiesigen Hofkreisen wird mit Bestimmtheit angenommen, daß die Vermählung des Prinzen Ernst August mit der Prinzessin Viktoria Luise in 4 Monaten stattfindet. Als Hochzeitstag wird der 15. Juni genannt.

\*

\* Die Kaiserin, die Prinzessin Viktoria Luise von Preußen und der Prinz Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg empfangen am Mittwoch, wie schon gemeldet, eine Abordnung des Stadtrats der Residenz, bestehend aus Oberbürgermeister Siegrist, 1. Bürgermeister Dr. Paul und Stadtrat Voelck, die die Glückwünsche der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe unter Überreichung eines Korbes mit hellroten Rosen darbrachte. In seiner Ansprache führte Oberbürgermeister Siegrist aus:

Noch selten hat eine Nachricht in allen deutschen Landen und Herzen so allgemeine Freude ausgelöst, wie die frohe Botschaft von dem Herzogshaus, den Euren königlichen Hoheiten, die jugendfrische Tochter unseres erhabenen Kaiserpaars und der ritterliche Sohn eines der ältesten und edelsten deutschen Fürstengeschlechter miteinander geschlossen haben. Kommt darin die traditionelle warme Teilnahme des deutschen Volks an den Geschicken seiner Fürstenhäuser, vorab des Kaiserhauses, zu lautem Ausdruck, so klingt doch auch die Empfindung für die vaterländische Bedeutung des frohen Ereignisses vernehmlich mit und nicht zuletzt das wohlthuende Gefühl, daß Ihr junges Glück zugleich altes Leid zu mildern und zu tilgen vermag. Für uns Badener und namentlich für uns Bürger der badischen Residenz bietet aber das frohe Ereignis noch ganz besondere Momente der Freude und Genugtuung. So sehr wir durch die Ereignisse überrascht wurden, um so größer ist unsere Freude darüber, daß das frohe Familienfest in unserer Stadt gefeiert wurde, und daß sich dazu die kaiserliche Familie hier mit unserem Großherzoglichen Hause wieder einmal, wie schon so oft, in trautem Kreise vereinigt hat, und wir sind nicht wenig stolz darauf, daß von

Karlsruhe aus die Freudenbotschaft in alle Welt geilt ist. Wir glauben aber auch zu wissen, zu welcher hoher Freude diese Tage allen Mitgliedern unseres allerbereiten und geliebten badischen Fürstenhauses gereichen, und da wir Karlsruher von altersher Freud und Leid der Großherzoglichen Familie getreulich zu teilen gewohnt sind, nehmen wir auch an diesem Familienfeste, durch das die innigen Bande der drei hohen Fürstenhäuser noch fester geknüpft werden, warmen Anteil. So weiß ich mich eins mit all meinen Mitbürgern und Mitbürgerinnen, wenn ich Seiner Majestät dem Kaiser, Eurer Majestät, den hohen Eltern Eurer königlichen Hoheit, ganz besonders aber Euren königlichen Hoheiten, den hohen Verlobten, die herzlichsten Glück- und Segenswünsche der Stadt Karlsruhe darbringe. Die duftenden Rinder des Frühlings, mit denen man Sie in diesen Tagen überschüttet, werden gar rasch verwelken. Ihre Liebe und Treue aber, in der Sie sich zu verbinden gelobt, möge, das ist unser aufrichtiger Wunsch, ein nie vergehender Born reinsten und wahren Glückes für Ihr ganzes Leben sein! Wir Karlsruher werden fortan Ihre Lebensgeschichte mit treuer Teilnahme begleiten.“

Die Kaiserin sowohl wie die hohen Verlobten dankten in herzlichen Worten und gaben auch ihrer großen Freude darüber Ausdruck, daß die Verlobung in Karlsruhe, im Kreise ihrer hohen badischen Verwandten, gefeiert werden durfte.

### Die Balkankrise.

\* Bei den Kämpfen am Kawak bei Bulair am Montag sollen die Türken 1200 Tote und Verwundete gehabt haben, darunter einige Offiziere. Die türkische Polizei fährt, Meldungen aus Konstantinopel zufolge, fort, zahlreiche, als verdächtig geltende griechische Staatsangehörige zu verhaften und auszuweisen. Auch Griechen, Bulgaren und Serben, die ottomanischer Staatsangehörigkeit sind, werden nach Singeei und anderen kleinasiatischen Städten gebracht. Etwa 100 Personen, die sich im russischen Kloster von Galata verborgen hielten, wurden in dem Augenblick verhaftet, als sie in Begleitung eines Kawaffen des russischen Konsulats ein russisches Schiff besteigen wollten.

Aus authentischer türkischer Quelle verlautet, daß der Initiativvorschlag des türkischen Botschafters in London bei Sir Edward Grey zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen gescheitert sei.

Drahtlich wird weiter zur Lage gemeldet:

Konstantinopel, 12. Febr. Amtliche Berichte besagen: Vorgestern eröffneten die Forts Catalba und Passitepe, die zu den Befestigungen von Adrianopel gehören, gegen die belagernden Batterien eine heftige Kanonade, die bis zum Einbruch der Nacht dauerte. An demselben Tag machten die Bulgaren einen überraschenden Angriff gegen unsere Ostfront. Es entwickelte sich ein erbitterter Kampf, der vier Stunden dauerte. Unsere Truppen behaupteten ihre Stellungen. Feindliche Aéroplane schleuderten Bomben auf Adrianopel herab, die jedoch keinen Schaden anrichteten. Bei Tschataldscha rückten von unserem rechten Flügel ausgehende Erkundungstruppen bis nordwestlich von der Hügelkette Malon östlich von Kaiskoi vor. Nach den Erklärungen einiger bei Tschalipepe gefangen genommener Bulgaren ist der Feind damit beschäftigt, Befestigungen bei Sinekli zu errichten. Seine Kavallerie soll sich in Tscherlu befinden. Das Hintertreffen und das Gros des Feindes gegenüber unserem linken Flügel halten die Linie Silbri-Kadikoi besetzt. An der Küste von Bulair hat sich nichts Wichtiges ereignet.

Konstantinopel, 12. Febr. Der gestern von den Bulgaren erneuerte Versuch, bei Jeniköj, südwestlich vom Derkoffee, die Tschataldshalinie zu durchbrechen, wurde nach heftigem Kampfe siegreich abgewehrt. Der Geschützdonner war bis zum späten Abend in den Vororten von Pera hörbar.

Konstantinopel, 13. Febr. Nach einem neuen Telegramm aus Adrianopel soll Schukri Pascha erklärt haben, er wolle bis zur letzten Patrone kämpfen und wenn er zur Kapitulation gezwungen würde, werde er zuerst die Stadt einschern.

Konstantinopel, 14. Febr. Authentischen Nachrichten zufolge sind die Landungsversuche Emver Veyhs mißlungen. Ungefähr 2000 Mann versuchten zwischen Kodoso und Pharkoej zu landen, stießen aber auf eine größere Truppenmacht und mußten sich zurückziehen. Sie sollen jetzt nach Gallipoli dirigiert werden.

Konstantinopel, 13. Febr. Wie das Blatt „Mendab“ meldet, haben die türkischen Streitkräfte in Janina den Paß Zavro angegriffen und nach 3/4stündigem Kampfe die Griechen vernichtet. Von einem Regiment wurden nur 8 Mann, von denen 6 verwundet waren, gerettet. Den Türken fielen 13 Kanonen in die Hände ebenso eine Menge Munition.

### Reichstag.

\* Berlin, 13. Februar.

Präsident Dr. Kämpf eröffnete nach 1 1/2 Uhr die Sitzung mit der Mitteilung, daß ihm auf die namens des Reichstags ausgesprochenen Glückwünsche die Antwort des Kaisers und der Kaiserin, sowie der Verlebten zugegangen sei. Das Haus setzt dann die Beratung des Justizetats fort.

Der Fortschrittler Dr. Haas verlangt, daß unsern Nichtern mehr Gelegenheit gegeben wird, durch persönliche Anschauung in die verschiedenen Geschäftsbetriebe Einblick zu erhalten.

Dr. Jund (Nat.) befürwortet die Resolution seiner Partei, den Kommunen, den Städten und dem Reich bei Zwangsversteigerungen von Grundstücken das Vorkaufsrecht einzuräumen und fordert die Anstellung eines sechsten Reichsanwaltes.

Dr. Arendt (Npt.) erklärt u. a., dem nationalliberalen Antrag betreffend Vorkaufsrecht bei Zwangsversteigerungen nicht zustimmen zu können, empfiehlt dagegen die Resolution der Reichspartei zur Abhilfe der Kreditnot des Grundbesitzes. Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abg. Birkenmayer (Npt.) und Saegh (Npt.) schließt die Generaldebatte. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Dann wird die nationalliberale Resolution betreffend Vorkaufsrecht bei Zwangsversteigerungen von Grundstücken abgelehnt. Die Resolution auf einen Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses wird angenommen, dagegen die Resolution der Reichspartei auf Hebung der Kreditnot im Grundbesitz abgelehnt. Die Resolution der Nationalliberalen, wonach am Schluß von behördlichen Entscheidungen die Frist angegeben sein muß, sowie die Form und die Stelle, bei der die Ansetzung einzubringen ist, wird angenommen. Eine Reihe weiterer Titel wird bewilligt. Beim Kapitel „Reichsgericht“ beantragen die Sozialdemokraten statt 6 Reichsanwälte nur 5 zu bewilligen. Es findet Hammersprung statt. Es stimmen für 6 Reichsanwälte 116, dagegen 143 Abgeordnete. Es werden somit nur fünf Reichsanwälte bewilligt. Der Rest des Justizetats wird bewilligt und ist dieser somit in zweiter Lesung erledigt. — Es folgt der Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung und des Reichsdruckerei.

Zum Titel 1 „Gehalt des Staatssekretärs 44 000 M.“ verlangt als erster Medner Ebert (Soz.) u. a., daß den Postarbeitern Zulagezuschüsse bewilligt werden.

Der Staatssekretär des Reichsamtes erklärt, daß es sich bei den von dem Redner erwähnten Zulagen nicht um eine Aufbesserung in dem üblichen Sinne des Wortes handle, sondern daß diese so umfangreicher Art sein würden, daß eine solche Maßnahme nur durch Änderung des Befoldungsgesetzes erfolgen könne. Nähere Erklärungen würde er dann, wenn die Verbündeten Regierungen zu dieser Frage Stellung genommen haben, geben.

Dr. Hegenfeldt (Npt.) stellte die Behauptung von einer Überfüllung der verschiedenen Beamtenklassen in Abrede und forderte daß die Entscheidung der Dienstverhältnisse unterliebe, da hierin eine große Härte läge. Der Lothringer Wundel hat, die in Esch-Lothringen beschäftigten Post- und Telegraphenbeamten mit den Beamten der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen in bezug auf die Gewährung nicht pensionsfähiger Zuschüsse gleichzustellen. Nachdem Dr. Werner-Gieschen (Wirt. Vog.) ebenfalls für bessere Bezahlung der unteren und mittleren Beamten eingetreten war, wurde die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Schluß 7 Uhr.

Berlin, 13. Febr. Die Abgeordneten Wundel (Lothringer), Gubrich-Oberbarnim (Fortchr. Volksp.) und Gen. haben folgende Resolution eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler erneut zu ersuchen, die Gleichstellung der in Lothringen beschäftigten Post- und Telegraphenbeamten mit den Beamten der Verwaltung der Reichseisenbahnen in bezug auf die Gewährung nichtpensionsfähiger Zuschüsse herbeizuführen.“

### Politische Übersicht.

#### Verteidigung des Kölner Erzbischofs durch den Kaiser.

Am Donnerstag mittag 12 1/2 Uhr fand die feierliche Verteidigung des Erzbischofs von Köln, Dr. Hartmann, im königlichen Schlosse zu Berlin statt. Im Ritterssaal erwartete der Kaiser den Erzbischof. In Gegenwart des Reichskanzlers, mehrerer Minister und anderer Herren. Der Kultusminister stellte dem Erzbischof dem Kaiser vor. Der Erzbischof hielt sodann eine Ansprache an den Kaiser, in der er ausführte:

Ich leiste diesen Eid nicht nur, weil eine Vereinbarung zwischen der Krone Preußens und dem heiligen Stuhl ihn mir zur Pflicht macht, sondern auch aus vollem, freudigen, eurer Majestät warm ergebener Herzen. Die Gesinnungen der Anhänglichkeit und Treue gegen die Dynastie, die mir schon als Anabte im 18. Jahrhundert eingepflanzt wurde, werde ich als Erzbischof von Köln auch in den Herzen der meiner Obhut anvertrauten Gläubigen schüten und pflegen. Es scheint das um so notwendiger, je höher und verwegener die Mächte des Umsturzes und der Vernichtung an den Fundamenten des Thrones und des Altars rütteln. Auf der anderen Seite ist es um so leichter, als die einmütige, begeisterte Liebe und Verehrung gegen den gegenwärtigen Träger der Krone alle Kreise durchdringt. Der Erzbischof nahm dann Bezug auf das vom Kaiser der Kathedrale von Münster gestiftete Glasgemälde, darstellend den Besuch des Papstes Leo III. bei Kaiser Karl dem Großen am Hoflager von Paderborn und sprach die Bitte aus, daß der Kaiser der katholischen Kirche und den katholischen Untertanen das so oft bewiesene gnädige Wohlwollen immerdar erhalten wolle. Er vertraue, mit dieser Bitte ebenso gnadenvolle Aufnahme zu finden wie Papst Leo III. bei Kaiser Karl dem Großen.

Darauf leistete der Erzbischof den Eid auf das Evangelienbuch.

Der Kaiser erwiderte:

Ich habe mich bewogen gefühlt, das eidliche Gelöbnis der Treue, welches Sie, hochwürdiger Herr, soeben abgelegt haben, selbst entgegenzunehmen. Die Pflichten und Mühen des bischöflichen Amtes, aber auch sein reichlicher Segen, sind Ihnen nicht fremd. Als Bischof von Münster haben Sie schon die Aufgabe erkannt und erfüllt, die Ihrer oberhirtlichen Führung anvertrauten Seelen in allen christlichen Tugenden zu unter-

weisen sowie die Eintracht unter allen Bewohnern des Landes zu erhalten und zu pflegen. Ich habe daher zu Ihrer Erwählung zum Erzbischof des ältesten Bischofsstuhles meiner Monarchie gern meine Genehmigung ausgesprochen und erteile Ihnen meine landesherrliche Anerkennung. Sie haben an jenen denkwürdigen Vorgang erinnert, als Karl der Große, von dem Papst Leo III. und Ihrem ersten Vorgänger auf dem bischöflichen Stuhl von Münster in schwerer Gefahr und Bedrängnis um Hilfe angerufen, an der Spitze seines Heeres den Papst herzlich begrüßte, ihm seinen mächtigen Schutz zusagte und dann, wie die Überlieferung gemeldet, Hand in Hand mit ihm in den neubauten Paderborner Dom einzog, um gemeinsam Gott den Herrn zu preisen. Dies weltgeschichtliche Ereignis ist ein lehrreiches Beispiel für den Segen eines vertrauensvollen Verhältnisses der Kirche zu dem höchsten Träger der Staatsgewalt und enthält zugleich eine ernste Mahnung. Ihre bisherige Amtsführung gibt mir die Zuversicht, daß Sie, dieser Mahnung eingedenk, auch in Ihrer neuen Würde Ihre Geistlichen und Gemeinden lehren und anhalten werden, mit der Anhänglichkeit an ihre Kirche zu verbinden: treue Ergebenheit gegen mich und mein Haus, warme Liebe zum deutschen Vaterland und Gehorsam gegen die von Gott verordnete Obrigkeit. In diesem Vertrauen will ich Sie meiner königlichen Gütigkeit und meines landesherrlichen Wohlwollens für Ihre Diözesanen, wie für alle meine Untertanen katholischen Glaubens in Gnade versichern und Ihren Eintritt in das neue Amt mit meinen besten Wünschen begleiten. Gottes Segen sei mit Ihnen!

Nach der Vereidigung empfing die Kaiserin den Erzbischof im Weilersaal. Um 1 Uhr war Frühstückstafel bei dem Kaiser, an welcher u. a. teilnahmen der Reichskanzler, der Justizminister, der Kultusminister, der Minister des Innern, Erzbischof Hartmann, die drei Kabinettschefs und die Herren des Gefolges. Der Kaiser sah zwischen dem Reichskanzler und dem Erzbischof.

#### Aus der national liberalen Partei.

\* In der am Sonntag in Berlin abgehaltenen Sitzung des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei wurde zu den Fragen „Auswärtige Politik, Landesverteidigung und Kostenbedeutung“ folgende von den Abgeordneten Wassermann, Friedberg und Schiffer eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

Der Ernst der Zeit erfordert mehr als je zum Schutz unserer nationalen und wirtschaftlichen Interessen eine kraftvolle, stetige und zielbewußte auswärtige Politik. Zu ihrer Durchführung bedarf es zunächst einer zeitgemäßen Reform des auswärtigen Dienstes, der durch Vereinfachung der verschiedenen Geschäftsbereiche allen dazu geeigneten Kräften unseres Volkes zugänglich zu machen ist. Vor allem ist aber eine schnelle und gründliche Verstärkung unserer Wehr unumgänglich notwendig. In Einklang mit dem Standpunkte, welchen die Reichstagsfraktion bei der Quinquennals-Vorlage des Jahres 1911 und bei der Militärvorlage des Jahres 1912 eingenommen hat, fordert der Zentralvorstand die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und aller Maßregeln, welche zur Verstärkung der Mobilmachung und der Sicherung einer kraftvollen Offensivbewehrung und begünstigt mit Genehmigung der Entscheidung der verbündeten Regierungen, dem Reichstag eine diesen Gesichtspunkten entsprechende Vorlage zu unterbreiten. (Verstärkung der Kadern der Artillerie, Leberepannung und Formierung von Kavalleriedivisionen im Frieden, ferner Schaffung einer deutschen Luftflotte für Meer und Flotte.) Zur Ausführung der Kosten fordert der Zentralvorstand die Durchführung der durch das Gesetz vom 8. Juli 1912 von den verbündeten Regierungen klipp und klar übernommenen Verpflichtung zur Einbringung einer Vorlage über eine allgemeine Besitzsteuer, als die nach den eigenen Erklärungen der Regierung nur eine Vermögens- oder Erbschaftsteuer in Betracht kommen kann. Er erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie jedem Versuch, von dieser Richtung abzuweichen, mit rückhaltloser Entschiedenheit entgegenzutreten wird.

In der dem Beschlusse vorausgegangenen Debatte war von verschiedenen Seiten betont worden, daß die Fraktion an der Erbschaftsteuer als der unter den gegebenen Verhältnissen geeignetsten Besitzsteuer festhalten möge.

Zu dem Thema „Innere Angelegenheit der Partei“ lag ein Antrag vor, eine besondere Kommission einzusetzen, die für eine anderweitige Ausgestaltung der Parteizentrale Vorschläge auszuarbeiten sollte. Der Antrag wurde in folgender vom Geschäftsführenden Ausschusse vorgeschlagener Fassung angenommen:

Der Zentralvorstand beauftragt den Geschäftsführenden Ausschusse, eine Kommission einzusetzen, welche Vorschläge für eine zweckmäßige Regelung der Beziehungen zwischen dem Zentralbureau und den Geschäftsfellen im Lande im Interesse einer wirksamen Aufrechterhaltung der Parteizentralen auszuarbeiten und dem Zentralvorstand bei seinem nächsten Zusammentreten zu unterbreiten hat.

Bei der Ansprache wurde den Parteimitgliedern besonders auch eine bessere Disziplin in der Benutzung der Presse ans Herz gelobt. Dabei wurde festgestellt, daß die „Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz“ und die „Hamburger Nachrichten“ als außerhalb der Partei stehend betrachtet werden.

\* Die Älteste des Geschlechts von Bismarck †. Der „Kreuzzeitung“ zufolge ist am Dienstag abend die Seniorin des Bismarck'schen Geschlechts, Fräulein Hedwig von Bismarck, eine Cousine und Spielgefährtin des Reichskanzlers, im 98. Lebensjahre entschlafen. Die Verstorbene war am 10. August 1815 — wenige Monate nach der Geburt ihres Vaters — in Schönhausen geboren. Sie schrieb im Alter von 95 Jahren ihre Lebenserinnerungen.

Die „Bayerische Staatszeitung“ bemerkt am Schluß eines Artikels, der sich mit der gegenwärtigen Stellungnahme der Parteien zur Heeresvorlage befaßt: Unter Verhältnissen, wie den gegenwärtigen, gibt es nur eine unersetzbar nationale Ansehens würdige Lösung: die des vertrauensvollen Zusammenwirkens der bürgerlichen

Parteien. Jede hat hier Opfer zu bringen, jede weiß aber auch, daß die übrigen Parteien zu ähnlichen Konzessionen genötigt sind. Sich gegenwärtig das Mehr oder Minder des zu Fordernden vorrechnen zu wollen, hieße die Bedeutung der Situation verkennen. Es werden wieder andere Zeiten kommen, in denen jede Partei ihr Partei-mißvergnügen auf dem Tisch des Hauses gemächlich ausbreiten kann. Gegenwärtig ist aber für derartige Dinge kein Raum. Pflicht der bürgerlichen Parteien ist es, an die bevorstehenden nationalen Aufgaben mit dem entschiedenen Willen heranzutreten, sie ihrer Lösung zuzuführen. Unter dem Zeichen dieser Einmütigkeit wird sich die Frage des Wie in besonderer Aussprache erledigen lassen.

\* Zurückgezogene Boykottklärung. Aus Straßburg wird vom Mittwoch gemeldet: Der von den freien Gewerkschaften seinerzeit über die Erzeugnisse der elässischen Tabakmanufaktur verhängte Boykott ist am Mittwoch bedingungslos zurückgezogen worden. Der Boykott ist bekanntlich im Anschluß an den Aufstand in der Tabakmanufaktur verhängt worden und hat seit September v. J. gewährt.

### Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 14. Februar.

Gestern vormittag empfing Seine königliche Hoheit der Großherzog den königlich preussischen Gesandten von Eisdendecker.

Ihre Hoheit die Herzogin zu Mecklenburg wohnte heute vormittag und heute nachmittag der Sitzung des Deutschen Frauenvereins vom Roten Kreuz für die Kolonien an.

Seine königliche Hoheit der Großherzog besuchte mit Seiner Hoheit dem Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg heute vormittag das Kunstgewerbemuseum und die Majolikamanufaktur. Zur Frühstückstafel im Großherzoglichen Palais erschien auch Ihre königliche Hoheit die Großherzogin Luise. Um 5 Uhr wurde Familienintee im Großherzoglichen Schlosse genommen.

Heute abend wird Seine königliche Hoheit der Großherzog mit den Mecklenburgischen Herrschaften das Großherzogliche Hoftheater besuchen.

\*\* Der ständige Ausschuss des Badischen Eisenbahnrates hat am 11. d. M. in seiner zweiten Sitzung unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors der Eisenbahndirektion des Finanzministeriums, Geheimrat Schulz, über folgende Gegenstände beraten:

1. Gewährung von Frachtermäßigungen für Erzeugnisse der Steinindustrie;
2. die Abgabe von Arbeiterwochenkarten an Lehrlinge;
3. Änderung des Zeitartentarifs.

Bei dem ersten Punkt handelt es sich um Tarifmaßnahmen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der badischen Steinbruchbesitzer gegenüber dem Auslande, namentlich gegenüber der Einfuhr schwedischer Plastersteine. Zu diesem Zwecke beabsichtigt die Eisenbahnverwaltung, in Anlehnung an das Vorgehen anderer deutscher Staatsbahnverwaltungen für Plastersteine aller Art einen ermäßigten, jedoch ungetaffelten Ausnahmetarif, gültig ab den badischen Verwaltungen nach den Verbrauchsplätzen, ferner einen auf sehr niedriger Taggrundlage beruhenden Ausnahmetarif für Steingrus und für Steinschutt einzuführen. Der ständige Ausschuss erklärte sich mit dieser Absicht einverstanden, wobei dem Wunsche Ausdruck gegeben wurde, daß die gleichen Tarifermäßigungen auch auf den badischen Privatbahnen durchgeführt werden möchten.

Der zweite Punkt betrifft die Einbeziehung von Lehrlingen in den Kreis der zur Benutzung von Arbeiterwochenkarten berechtigten Personen. Bisher wurden Arbeiterwochenkarten nur an solche Lehrlinge verabfolgt, die wie Arbeiter mit mechanischen und Handarbeiten beschäftigt waren. Der ständige Ausschuss wurde gutachtlich darüber gehört, ob dem Beispiel der bayrischen, pfälzischen und sächsischen Eisenbahnverwaltungen folgend auch sonstigen Lehrlingen das Recht zur Benutzung von Arbeiterwochenkarten eingeräumt und bejahendenfalls, ob die Maßnahme auf Kaufmanns- und Handelslehrlinge beschränkt oder auf Lehrlinge aller Art erstreckt werden sollte. Der ständige Ausschuss bejahte einstimmig die Frage und sprach sich für die Ausdehnung der Maßnahme auf Lehrlinge aller Art aus. Die den Arbeitern eingeräumte Vergünstigung, ausnahmsweise mit Genehmigung der Generaldirektion auch bestimmt: Eil- oder Schnellzüge mit Arbeiterwochenkarten benutzen zu dürfen, kann jedoch den Lehrlingen — mit Ausnahme solcher, die mit mechanischen und Handarbeiten beschäftigt, also als jugendliche Arbeiter anzusehen sind —, mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Fahrartenenergesetzes nicht zugestanden werden, da andernfalls die von ihnen benötigten Arbeiterwochenkarten steuerpflichtig würden. Bei der Beratung des Gegenstandes kam auch zur Sprache, ob nicht statt der Abgabe von Arbeiterwochenkarten an Lehrlinge die Überlassung von Schülerkarten an sie in Betracht kommen könnte. Dieser Maßnahme stehen aber ebenfalls die Bestimmungen des Fahrartenenergesetzes entgegen; außerdem würde sie dem von allen deutschen Staatsbahnverwaltungen festgehaltenen Grundsatz widersprechen, daß Schülerkarten nur zum Zweck des Schulbesuchs auszugeben werden sollen. Auch

sind die Schülerkarten bei allen Entfernungen über 4 Kilometer teurer als die Arbeiterwochenkarten.

In dritter Stelle stand die Änderung des Zeitkartentaris zur Erörterung. Die badische Staatsbahnverwaltung ist die einzige deutsche Verwaltung, die noch allgemeine Zeitkarten mit Gültigkeitsdauer bis zu 12 Monaten ausgibt, während anderwärts nur Karten für einen Kalendermonat aufgelegt werden. Die badische Staatsbahnverwaltung schlägt vor, künftig ebenfalls zu dem Monatskartensystem überzugehen, und zwar soll der Preis einer Monatskarte auf den 12. Teil des zeitlichen Preises einer Zeitkarte für 12 Monate festgesetzt werden. Der Preis der badischen Monatskarte würde damit dem Preise der Monatskarten auf den Reichseisenbahnen und auf den pfälzischen Bahnen entsprechen. Bei einer solchen Änderung würde also die jetzt nur bei der Entnahme einer Zeitkarte für mehrere Monate erreichbare Preisermäßigung jedem Zeitkartenbenützer zu Gute kommen. Der rechnungsmäßige Ausfall, der dadurch der Eisenbahn entzogen wird, ist zu 31 000 M. ermittelt worden. Doch ist zu erwarten, daß dieser Ausfall durch die infolge der Verbilligung der Zeitkarten eintretende Verkehrssteigerung wenigstens teilweise ausgeglichen werden wird.

Eine gewisse Schwierigkeit entsteht bezüglich der badischen Strecke der Main-Neckar-Bahn. Dort ist seit Jahren der preussische Monatskartentarif eingeführt, dessen Höhe an sich etwas höher ist, als die nach dem vorerwähnten Vorschlag für die badische Staatsbahn in Aussicht genommenen Höhe, der aber neben den Hauptmonatskarten noch sogenannte Nebenkarten für die Familienangehörigen des Inhabers der Hauptkarte mit einer etwa 50 prozentigen Preisermäßigung vorliegt. Es wurde deshalb dem Ausschuss auch die Frage vorgelegt, ob sich auf der badischen Strecke der Main-Neckar-Bahn die Einführung des neuen badischen Monatskartentaris ohne Nebenkarten oder die Beibehaltung des bisherigen Tarifzustandes empfehle.

Der ständige Ausschuss sprach sich einstimmig für die Einführung der Monatskarten auf der vorgeschlagenen Grundlage aus und befürwortete, es bezüglich der badischen Strecke der Main-Neckar-Bahn bei dem bisherigen eingelebten Zustand zu belassen, zumal die Befestigung der Nebenkarten, von denen viel Gebrauch gemacht wird, von den Interessenten unangenehm empfunden werden könnte. Bezüglich einiger, von Mitgliedern des Ausschusses vorgebrachter Anregungen sagte die Eisenbahnverwaltung Prüfung zu.

Bezüglich der unter Punkt 1 und 2 behandelten Gegenstände wird die Eisenbahnverwaltung auf Grund des Gutachtens des ständigen Ausschusses alsbald Entscheidung treffen. Der unter Punkt 3 behandelte Gegenstand wird dagegen zunächst noch dem am 3. März zusammen tretenden Eisenbahnrat vorgelegt werden.

#### Jungdeutschlandbund Baden.

\* Der Großherzog hat allergnädigst für die Jugend des Jungdeutschlandbundes Baden eine Sondervorstellung von Paul Seyjes „Colberg“ aus Anlaß der Jahrhundertfeier der Befreiungskriege im hiesigen Hoftheater bestellt. Diese Vorstellung findet am Mittwoch, den 19. Februar, abends 7 Uhr, statt. Die zur Verfügung gestellten Karten werden an die dem Jungdeutschlandbund Baden angeschlossenen hiesigen Vereine nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahl gleichmäßig verteilt.

#### 25-jähriges Stiftungsfest der Abteilung Karlsruhe der Deutschen Kolonialgesellschaft.

\* Die Abteilung Karlsruhe der Deutschen Kolonialgesellschaft, eine der ältesten Ortsgruppen des Hauptvereins, feierte am Donnerstag ihr 25-jähriges Stiftungsfest durch eine Festigung mit Bankett. Der festlichen Veranstaltung wohnte der Großherzog sowie der Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg und dessen Gemahlin bei. In der mehr als 200 Personen — Damen u. Herren — zählenden Versammlung bemerkten wir u. a. den Minister des Innern Herrn. von Bobman, Großhofmeister von Brauer, Wirkl. Geh. Rat Dr. von Nicolai, Oberbürgermeister Siegrist und den Rektor der Technischen Hochschule Prof. Dr. Zwiabinek Edlen von Südenhorst. Der erste Vorsitzende der festgebenden Abteilung Geh. Hofrat Prof. Dr. v. Döschelhauser dankte zunächst dem Großherzog u. dem mecklenburgischen Herzogspaar für die Auszeichnung, die sie dem Verein durch ihr Erscheinen zuteil werden ließen, und gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Großherzogin am Besuche des Festes verhindert sei. Redner richtete an den Großherzog die Bitte, der Vereinigung auch weiterhin seine Gnade und sein Wohlwollen zu erweisen. Die Abteilung Karlsruhe werde auch fernerhin hoffnungsfreudig und im Vertrauen auf die gute Sache und die bewährte Führung an den Aufgaben der Deutschen Kolonialgesellschaft weiter arbeiten. Ferner begrüßte der Redner den Vizepräsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft Geh. Rat Dr. Paasche, erwähnte mit lebhafter Freude die Tatsache, daß die Abteilung Karlsruhe 60 Mitglieder zähle, die ihr seit dem Gründungstag vor 25 Jahren treu geblieben seien, darunter Baurat Williard, Major Kreckmann, Major Hoffmann und Buchhändler Gräff, und verlas dann den Bericht über die Tätigkeit des Vereins in den 25 Jahren seines Bestehens, dabei besonders der Förderung und Ermunterung durch die Gnade des heimgegangenen und des regierenden Landesherrn, unter dessen Schutz

Kunst und Wissenschaft, Handel und Industrie in unserem Lande gedeihen, und des hohen Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft. Weiter gedachte Redner des 25-jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers, unter dessen Schutze Handel und Wandel in Deutschland u. den Kolonien erblühen u. sich entwickeln konnten. Der Redner schloß mit einem Hoch auf Kaiser und Großherzog, in das die Versammlung freudig mit einstimmte.

Dann nahm Geh. Rat Dr. Paasche das Wort zu einem längeren Vortrag über Deutsche Kulturaufgaben im Osten. Er wurde dabei zunächst ein begeisterter Kämpfer der Schönheit und Eigenart des Wunderlandes Japan und der hohen kulturellen, künstlerischen und ethnischen Charakterzüge seiner Bewohner. Ein kurzer historischer Rückblick ließ den ungeheuren wirtschaftlichen und kulturellen Umschwung erkennen, der in dem einst so streng in sich abgeschlossenen Land in den wenigen Jahrzehnten seit den geschichtlichen Ereignissen von 1868 eingetreten ist. Deutschland sei bisher schon und heute noch der Lehrmeister Japans gewesen und werde im Hinblick auf die Zukunft gut tun, sich auch weiter mit Japan gut zu stellen. In hohem Maße befriedigt zeigte sich der Redner von der enormen Entwicklung der deutschen Kolonial- und Nachtgebiete von Tjingtau und Kiautschou. Insbesondere Tjingtau sei der Stützpunkt, von dem aus wir China, von dessen Aufteilung Redner nichts wissen will, friedlich erobern müßten. Doch gelte es nicht nur, die Möglichkeiten auszunützen, die sich der Ausdehnung von Handel und der Technik in dem ungeheuren chinesischen Reiche erschließen, sondern auch deutsche Bildung und deutsches Wissen mit der alten, hochstehenden chinesischen Kultur zu verschmelzen. Eine wichtige deutsche Kulturaufgabe falle in das Gebiet der Forstwirtschaft. Schon sei in den unter deutscher Verwaltung stehenden Gebietsteilen Gewaltiges in dieser Hinsicht geleistet worden, doch leide die wirtschaftliche Ertragsfähigkeit des größten Teiles des Landes noch immer darunter, daß die Mittelgebirge völlig unbenutzt ständen, so daß alljährlich ungeheure Mengen ungehäuhter fruchtbarer Erde in die Niederflurigen Regenmassen in die Flüsse und das Meer gespült wurden. Weitere Aufgaben erblickt der Redner in der Erweiterung und dem Ausbau von Verkehrswegen. Die politischen Verhältnisse Chinas streifte der Redner nur kurz; er glaubt nicht an den Bestand des wenigstens dem Verständnis der Nordchinesen fernliegenden republikanischen Systems und hat ebensoviele Angst vor der „gelben Gefahr“, da etwa 90—95 Prozent des chinesischen Volkes, die Kulis, nichts anderes seien als eine Art von Lasttieren, die von einigen wenigen Besserstehenden in entsetzlicher Weise ausgebeutet würden. Die wirtschaftliche und politische Konkurrenz eines solchen Volkes sei noch auf viele Jahrzehnte hinaus nicht zu fürchten von einem Volke, in dem seit Generationen die kulturellen Werte Gemeingut der ganzen Nation seien.

Lebhafter Beifall lohnte die Ausführungen des Vortragenden. Der erste Vorsitzende gab dem Dank der Versammelten in warmen Worten Ausdruck.

Nach kurzer Pause, während welcher der Großherzog und die Herzogin zu Mecklenburg sich verabschiedet hatten, begann das Bankett, an dem der Herzog Johann Albrecht teilnahm. Der hohe Präsident saß zwischen dem Minister des Innern Herrn. von Bobman und Geh. Hofrat von Döschelhauser.

Ministerialdirektor Dr. Weingärtner dankte in einer kurzen Begrüßungsansprache dem Geh. Rat Paasche für seinen ausgezeichneten Vortrag und den Gästen, die hoffentlich, soweit sie noch nicht Mitglieder der Kolonialgesellschaft seien, es nunmehr werden würden, vor allem aber dem Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, dem Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft, der wie kein anderer es verstanden habe, den kolonialen Gedanken in Deutschland volkstümlich zu machen, zu verbreiten und zu vertiefen, und der die weite Reise herunter ins Badener Land nicht scheute, um an dem Jubiläum der hiesigen Abteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft teilzunehmen. Der Herzog habe sich um die Abteilung Karlsruhe ganz besondere Verdienste erworben, da er dieselbe vor Jahren zu neuem Leben erweckt habe. Den kolonialen Gedanken im deutschen Volke stets wach zu halten, bedürfe es fortgesetzter und unermüdlicher Arbeit. In diesem Sinne sei Herzog Johann Albrecht unermüdlich tätig. Seit 18 Jahren stehe er an der Spitze der Gesellschaft. In dieser Zeit sei die Mitgliederzahl der Kolonialgesellschaft von 16 000 auf 43 000 Mitglieder gestiegen. Der Präsident werde nicht müde, auf die hohen Ziele hinzuweisen, die dem deutschen Volke auf kolonialem Gebiete noch gestellt seien. Redner dankte Herzog Johann Albrecht von ganzem Herzen für das Interesse, das er der kolonialen Sache entgegenbringe, bezeichneter ihn als das leuchtende Vorbild eines deutschen Fürsten und schloß mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf den Herzog als den unermüdlichen Vorkämpfer für die deutschen Kolonien und begeistertsten Führer für das koloniale Deutschland.

Dann nahm Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg das Wort, um etwa folgendes auszuführen:

Meine Herren von der Abteilung Karlsruhe, und diejenigen, die es noch werden wollen! Ich danke Ihnen herzlich für die freundliche Begrüßung, die Sie mir durch Ihren 2. Vorsitzenden haben zuteil werden lassen. So sehr ich mit dem übereinstimme, was der Vordner über die Notwendigkeit unserer weiteren kolonialen Entwicklung innerhalb und außerhalb Deutsch-

lands gesagt hat, so wenig kann ich mich mit dem einverstandenen erklären, was er über mich selbst ausführte. Wenn ich von den vielen Einladungen zur 25-jährigen Stiftungsfestfeier einzig der aus Karlsruhe Folge geleistet habe, so war es vornehmlich Ihres ausgezeichneten Vorsitzenden wegen, dem wieder einmal die Hand zu drücken mir ein Bedürfnis war. Unsere Kolonialgesellschaft ist kein autokratischer Staat, sondern besteht aus einer Gemeinschaft von Verbänden, deren jeder seine Eigenart u. selbständige Entwicklung hat. Wie im Reiche die einzelnen Staaten ihre volle Selbständigkeit haben und dennoch gegen außen hin als gemeinsames geschlossenes Ganzes dastehen, so haben auch die einzelnen Zweigvereine innerhalb unserer Kolonialgesellschaft jeder sein eigenes selbständiges Leben; auf dem Zusammenschluß zu einem gemeinsamer großen Willen beruht die Kraft unserer Gesellschaft und unseres Vaterlandes. Wie wir es im Reiche tun, so zanken wir uns auch in unserer Gesellschaft gelegentlich untereinander, aber nach außen hin sind wir doch immer zusammengewandert. Pflegen Sie Eintracht in Ihrer Abteilung, in Ihren Kreisen, nach Ihren Mitteln und nach Ihren Verhältnissen. Die hiesige Abteilung mit den tüchtigen Männern an ihrer Spitze ist stets mit Stolz ihren Weg gegangen, unbeschadet unserer Einigkeit. Und darum bin ich mit besonderer Freude in dieses schöne Badener Land gekommen, wo wir schon vor 10 Jahren in Karlsruhe und Heidelberg so schöne gemeinsame Tage verlebten. Nachdem die erhabene Gestalt Großherzog Friedrich I. dahingegangen ist, haben Sie das Glück gehabt, wieder einen Landesherrn zu erhalten, der, wie er erst heute wieder bewiesen hat, der kolonialen Sache das gleiche Interesse entgegenbringt, wie sein hoher Vater. Auf diesen Ihren Landesherrn, Großherzog Friedrich II., bitte ich Sie Ihr Glas zu leeren.

Ein begeisterter aufgenommenes dreifaches Hurra bildete den Schluß der Rede.

Im weiteren Verlauf des Abends wurde dem Herzog zur Bereicherung seiner Sammlung ein kleines präpariertes Krokodil, den im Tätigkeitsbericht des 1. Vorsitzenden genannten 4 Jubilären Ehrendiplome überreicht — alles in stilgerechter humoristischer Form. Später brachte Geh. Hofrat von Döschelhauser noch dem jüngst von einer Afrikaforschungsreise zurückgekehrten Professor Thorbecke und dessen Gemahlin, die seine Reisetrapazen teilte, ein Hoch dar, für das Professor Thorbecke mit einem Trinkpruch auf die Abteilung Karlsruhe der Deutschen Kolonialgesellschaft dankte. Vortreffliche Vorträge des Ruzsches Doppelquartetts und des Lokaldichters Fritz Römhildt-Romeo sorgten des weiteren für einen unterhaltenden Verlauf des Banketts, das nach 1 Uhr vom Vorsitzenden mit herzlichem Dank an alle Mitwirkenden geschlossen wurde. — Im Laufe des Abends war auch ein Begrüßungstelegramm an den Ehrenpräsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft, Fürst Hohenlohe-Langenburg, abgegangen, der bei der Konstituierung der Abteilung Karlsruhe in hervorragender Weise mitgewirkt hat.

#### Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 14. Febr. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurde die Forderung auf Gewährung einer Zulage für einen Militärattaché in Buenos-Aires durch eine Mehrheit aus Zentrum, Polen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Newyork, 13. Febr. Nach einer Depesche aus Mexiko errang Diaz, als gestern abend der Kampf auf allen Punkten aufhörte, einige Vorteile. Er hatte ein furchtbares Feuer gegen die Stadt gerichtet, die Gefechtszone ausgedehnt und Truppen gegen den Palast geschickt. Madero blieb jedoch optimistisch und arbeitete während des Bombardements im Palast. Er zeigte großen Mut und ließ sich nicht beirren. — In Veracruz sollen Unruhen ausgebrochen sein. Die Regierung zog von dort sofort Polizei nach der Hauptstadt, damit sie dort bei der Niederwerfung Diaz' Hilfe leiste. Da die Wiederannahme von Feindseligkeiten für heute vorauszusehen war, verließen gestern Abend 600 Amerikaner und andere Ausländer ihre Wohnungen und suchten ein Unterkommen außerhalb der Stadt, wo die Gefahr geringer ist. Während zweier Tage sind 300 Mann getötet, 1500 verwundet worden. Gestern Abend herrschte Ruhe in der Stadt.

Verantwortlich für die Redaktion:  
Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.  
Druck und Verlag:  
G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Bei **Appetitlosigkeit**  
Dr. Hommel's Haematogen  
20-jähriger Erfolg!  
Warnung! Man verlange ausdrücklich den Namen Dr. Hommel.

„Café Museum“  
**5-Uhr-Tee** | Eigene Konditorei.

### Todes - Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren lieben guten Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

## Emil Stegmüller

Großh. Landgerichtsrat in Offenburg

heute mittag nach kurzer Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 51 Jahren in ein besseres Jenseits abzurufen. E.153

St. Leon und Donaueschingen, 12. Februar 1913.

Die tieftrauernd Hinterbliebenen:

**Theresia Stegmüller Witwe,**  
**Maria Stegmüller,**  
**Elisabeth Gänshirt geb. Stegmüller,**  
**Max Gänshirt, Fürstl. Fürstenb. Oberkammerrat.**

Die Beerdigung findet in Offenburg Freitag, 14. Februar, nachmittags 4 Uhr statt.

Dies statt besonderer Anzeige.

### Statt jeder besonderen Anzeige. Todes-Anzeige.

Unser lieber Vater und Bruder

## Julius Guttersohn

Professor a. D.

ist heute von seinem langen Leiden erlöst worden.

Emmendingen, den 13. Februar 1913.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Samstag den 15. Februar, 3 1/2 Uhr nachmittags, in Emmendingen statt. E.154

**Turmbahnbahn Durlach**

Der fahrplanmäßige Betrieb ist von **Donntag, 16. Febr. d. J. an wieder eröffnet**

Fahrpreise von Karlsruhe-Turmburg u. zurück zu ermäßigten Preisen werden von den Schaffnern der Karlsruher Straßenbahn ausgegeben. Die Direktion. E.151

Tages-Kurse! | | | Abend-Kurse!

**Handels-Kurse**  
für Damen und Herren

Wir empfehlen uns zur gewissenhaften Ausbildung in **einfach, dopp., amerik.**

**Buchführung**  
kaufm. Rechnen, Korrespondenz, Wechsel- und Scheckkunde, Kontorarbeit, Konto-Korrentwesen, Bank- u. Börsenwesen, Rundschrift

**Schönschreiben**  
(die schlechteste Schrift wird verbessert)

**Stenographie und Maschinenschreiben**  
(Gabelberger u. Stolze-Schrey) (30 Masch. versch. Syst.)

**Sprachen:** Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch etc.

Auswärtige erhalten durch unsere Vermittlung Schülerkarten. E.130

Ausführliche Auskunft und Prospekt gratis durch die Direktion der

**Handelslehranstalt und Töchterhandelschule „Merkur“**

Größtes und ältestes derartige Institut am Platze **Karlsruhe, Kaiserstr. 113 (Ecke Adlerstraße)**

Am 1. u. 15. jeden Monats beginnen größere Kurse! | | | Eintritt zu einzelnen Fächern jederzeit.

**Schweizer-Familie** (Seidenbranche) auf schönem Grundstück bei Mailand, sucht durchaus tüchtiges, zuverlässiges **Zimmer-Mädchen** mit La Zeugnisse. Anfangslohn 50 Lire. Offerten mit Photographie befördert unter Chiffre **Z. R. 8042** d. Annoncen-Expedition **Rudolf Mosse, Zürich.**

**Stühle** werden dauerh. geflocht. u. repariert **Stuhlflechterei Fr. Ernst, Adlerstr. 3.**

**Bekanntmachung.**  
Laut Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 12. Februar 1913 tritt die **Süddeutsche Grundstücks- u. Hypotheken-Verkehrsanstalt, G. m. b. H.** in Mannheim mit dem heutigen Tage in Liquidation. Zum alleinigen Liquidator ist der Kaufmann **Otto Weyel** zu Frankfurt a. M., Solbeinstr. 63, bestellt worden. E.704.3.2.1  
Die Gläubiger werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche anzumelden. Frankfurt a. M., den 12. Februar 1913.  
Der Liquidator: **Otto Weyel.**

Bei unterfertigtem Amte ist eine **Kanzleihilfenstelle** mit einem Anwärter für den mittleren Beamtendienst gegen die übliche Vergütung auf 1. März zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der Aktuarsprüfung, welche die Aktuarsprüfung abgelegt haben, wollen sich alsbald melden. E.713  
Bruchsal, 13. Febr. 1913.  
Großh. Bezirksamt, **Reiffert.**

**Altertümer gesucht!** Zur Ausstattung eines ganzen Hauses **altertümliche Möbel** aller Art sowie **Dekorationsgegenstände, Bilder** und **Porzellan** zu **höchsten Preisen** gesucht. Sofortige Offerten, auch von auswärtigen, erbeten an E.152  
**Kunst- und Antiquitätenhandlung H. Sasse, Waldstr. 12.**

### Bürgerliche Rechtspflege.

**a. Streitige Gerichtsbarkeit.**  
3.709.2.1 Karlsruhe. Die Frau Paula von Smolenski zu Wels, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Kander in Pforzheim, klagt gegen den Ingenieur Fritz Müller und dessen Ehefrau Auguste geb. Feiler, früher zu Pforzheim, jetzt an unbekanntem Ort, unter der Behauptung, die Beklagten würden ihr aus Wohnungsrente für die Zeit vom 1. Oktober 1912 bis 31. März 1913 die nachgenannten Beträge schulden, mit dem Antrage, die Beklagten als Gesamtschuldner durch gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären, an Klägerin sofort 350 Mark nebst 4 Prozent Zins seit 1. Januar 1913 und am 1. April 1913 weitere 350 M. nebst 4 Prozent Zins von da ab zu bezahlen.  
Die Klägerin ladet die Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des Gr. Landgerichts zu Karlsruhe am **Samstag den 19. April 1913, vormittags 9 Uhr,** mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. Karlsruhe, 13. Febr. 1913.  
Gerichtsschreiber des Landgerichts.

### Öffentliche Auktion einer Klage.

3.711.2.1 Mosbach. Die Landwirt und Gastwirt Adolf Wollenschläger, Chefrau Mathilde geb. Herold in Waldstetten, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Kiefer in Buchen, klagt gegen ihren Ehemann Land- und Gastwirt Adolf Wollenschläger, zurzeit in America an unbekanntem Ort, auf Grund des § 1568 BGB., mit dem Antrage, Urteil dahin zu erlassen:  
Der Beklagte ist kostenfällig schuldig, vom 15. Oktober 1912 ab bis auf weiteres eine vierteljährlich voranzuzahlbare Unterhaltsrente von monatlich 75 M. und zwar die rückständigen Beträge sofort, die künftig fällig werdenden aber am 1. eines jeden Kalendervierteljahres zu zahlen und die zur Führung eines abgeordneten Haushalts erforderlichen Sachen aus dem gemeinschaftlichen Haushalt herauszugeben und das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.  
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die zweite Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Mosbach am **Samstag den 26. April 1913, vormittags 9 Uhr,** mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.  
Zum Zweck der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Mosbach, 10. Febr. 1913.  
Gerichtsschreiber des Großh. Landgerichts.

### Bekanntmachung.

3.718. Heidelberg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Peter Feigenbus in Rohrbach ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis, sowie zur Anhörung der Gläubigerversammlung über die den Mitglidern des Gläubigerausschusses zu gewährenden Vergütungen **Schlußtermin** bestimmt auf

Dienstag den 11. März 1913, vormittags 10 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgericht Heidelberg, Zimmer Nr. 27. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts II.

3.719. Heidelberg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Gebrüder Reismann in Heidelberg ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke, sowie zur Anhörung der Gläubigerversammlung über die den Mitglidern des Gläubigerausschusses zu erhaltenden baren Auslagen und die denselben zu gewährenden Vergütungen vor Großh. Amtsgericht hier, Zimmer 23, bestimmt auf

14. März 1913, vormittags 9 Uhr.

Heidelberg, 12. Febr. 1913. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts Abt. III.

3.720. Lörrach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Max Guggenheim in Lörrach ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf **Donnerstag, 13. März 1913, vormittags 11 1/2 Uhr,** vor dem hies. Gerichte, Zimmer Nr. 16, bestimmt.

Lörrach, 12. Febr. 1913. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts Abt. III.

3.721. Mannheim. Über das Vermögen des Leopold Schläpfer, Kaufmann, Inhaber der Firma Leopold Schläpfer, Kurz-, Galanterie- und Spielwaren en gros in Mannheim, G. 2. 2, wurde heute vormittag 11 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.  
Zum Konkursverwalter ist ernannt: Rechtsanwalt Dr. Rudolf Eder in Mannheim. Konkursforderungen sind bis zum 1. April 1913 bei dem Gerichte anzumelden.  
Zugleich wurde zur Beschlußfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Mittwoch den 12. März 1913, vormittags 9 Uhr,** sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Mittwoch den 9. April 1913, vormittags 9 Uhr,** vor dem Großh. Amtsgericht, Abt. 3, 2. Etod, Zimmer Nr. 114, Termin anberaumt.  
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. April 1913 Anzeige zu machen.  
Mannheim, 13. Febr. 1913.  
Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts Abt. 3. 8.

### Konkursöffnung.

3.722. Waldshut. Über das Vermögen des Kaufmanns Gotthold Spohn in Waldshut, Inhabers der Firma Burger und Kiebling Nachfolger in Waldshut, wurde heute am 12. Februar 1913, nachmittags 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinsschuldner seine Zahlungsumfähigkeit eingräumt hat.  
Rechtsanwalt Gauger hier wurde zum Konkursverwalter ernannt.

### Konkursforderungen sind bis zum 1. März 1913 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Verabsorgung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Dienstag den 11. März 1913, vormittags 10 Uhr.**  
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wurde aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. März 1913 Anzeige zu machen.  
Waldshut, 12. Febr. 1913.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

### Derchiedene Bekanntmachungen.

Mit Gültigkeit vom 1. Mai 1913 werden im § 42 des Reglements und Tarifs für den Bezug der Nebengebühren der schweizerischen Transporthilfen die Angaben „angefangene effektive 100 km“ ersetzt durch „angefangene 100 Tarifkilometer“.  
Karlsruhe, 11. Febr. 1913.  
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

### Bodensee-Verponentarif.

Durch den am 1. Mai d. J. zur Ausgabe kommenden Nachtrag IV wird die Gültigkeitsdauer der Fahrkarten auf dem Bodensee für einfache Fahrt auf 4 Tage, für Hin- und Rückfahrt auf 10 Tage festgesetzt.  
Der Nachtrag enthält außerdem Änderungen und Ergänzungen des Bestimmungen und der Tarifhöhe. Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrs-Bureau. E.706  
Die neuen Bestimmungen sind gemäß § 6 des Bodenseefahrereglements von der Landesaufsichtsbehörde genehmigt.  
Karlsruhe, 11. Febr. 1913.  
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

### Badischer Personentarif, Heft A.

Mit sofortiger Gültigkeit tritt eine Änderung der besonderen Ausführungsbestimmungen 2 zu § 32 der Eisenbahnverkehrsordnung in Kraft, durch die nachstehende Erleichterungen für die durchgehende Gebührenerhebung über den Bodensee eintreten: E.707  
Auf Grund des badischen Personentarifs wird Reisegepäck zur Beförderung angenommen:

1. zwischen den Stationen der Strecken Ludwigsbafen (See) - Kuftern, sowie Kuftern - Unterhörnigen einseitig und konstant anderseits über den Bodensee. In der Richtung von Konstanz genügt die Vorlage einer Fahrkarte für die See- und, mindestens bis Unterhörnigen, in der Richtung nach Konstanz die Vorlage einer Fahrkarte für die Eisenbahnstrecke, mindestens bis Unterhörnigen.

2. von sämtlichen badischen Eisenbahnstationen nach den badischen Bodenseeschiffstationen Dinselsdorf, Homau, Nimmensdorf, Wainau, Neersburg, Straß bei Konstanz, Unterhörnigen und Überlingen Stadt. Für die durchgehende Abfertigung genügt die Vorlage einer Fahrkarte mindestens bis Konstanz oder Unterhörnigen.

Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrs-Bureau.  
Die vorstehenden Änderungen sind gemäß § 2 der Eisenbahnverkehrsordnung genehmigt.  
Karlsruhe, 11. Febr. 1913.  
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.